

# Der Reidenmeister

Geschichtsblätter für Lüdenscheid Stadt und Land

Herausgegeben vom Lüdenscheider Geschichtsverein e. V.

Nr. 15

9. November 1960

Dr. Günther Deitenbeck:

## Lüdenscheid und die deutsche Einheitsbewegung vor 100 Jahren (1859 - 1863)

Die deutsche Einheitsbewegung, die aus dem gemeinsamen Kampf gegen Napoleon entstanden war, entwickelte sich nach den Befreiungskriegen 1813/14 machtvoll trotz aller Unterdrückungsmaßnahmen der Restauration. Das Jahr 1848 schien mit der Einberufung der Nationalversammlung in der Paulskirche in Frankfurt/Main das Ziel greifbar nahe gerückt zu haben. Die fehlenden militärischen Machtmittel, das Erstarken der Reaktion in den deutschen Staaten und die im ganzen unfreundliche Haltung der europäischen Mächte ließen die Paulskirche scheitern. Deutschland versank politisch in einen Schlaf der Lethargie, aus dem es erst das Jahr 1859 wecken sollte. Es waren damals zwei Ereignisse, die die nationale Bewegung zu neuer Glut entfachten und erneut und größer wieder erstehen ließen: der italienische Krieg und die Schillerfeiern zum Geburtstag des Dichters am 10. 11. 1859.

Napoleon III. hatte im Bündnis mit dem Königreich Sardinien im April 1859 gegen Oesterreich den Krieg begonnen. Ganz Deutschland fühlte sich bedroht. Preußen machte mobil und schickte Truppen an die westliche Grenze. Oesterreich wollte Preußen den Oberbefehl über die Streitmacht des Deutschen Bundes am Rhein nicht zugestehen und schloß aus Furcht, daß Preußen sich an die Spitze der deutschen Staaten setzen könnte, mit Napoleon Frieden. Es trat die Lombardei an Napoleon ab, der sie an Sardinien gab.

In Preußen regierte seit 1858 Prinzregent Wilhelm für seinen schwer erkrankten Bruder, den König Friedrich Wilhelm IV. Der bisherige reaktionäre Kurs wurde durch Berufung neuer Minister geändert, und die „Neue Aera“, wie sie im Volksmund hieß, versetzte die freisinnigen Kräfte, die besonders im industriell schon entwickelten Westen des Staates zu Hause waren, in freudige Erwartung. Man glaubte an eine Neubelebung des politischen Lebens, an größere politische Freiheit und versprach sich davon auch Fortschritte auf dem Wege zur nationalen Einheit. Diese Hoffnungen vergrößerten sich, als der Prinzregent Ende 1858 sagte, daß Preußen „moralische Eroberungen in Deutschland“ machen müsse. Das Lüdenscheider Wochenblatt bezeichnet im Rückblick 1859 den Prinzregenten als Gegner der „Reaction“ und spricht davon, daß „der Krieg (der im Jahr 1859 drohte) ... das Band zwischen Regierung und Volk nur noch enger gewoben“ habe (LW 1. 1. 60<sup>1</sup>).

Der Ausbruch des Krieges fiel für die Gebiete der ehemaligen Grafschaft Mark, d. h. unsere engere Heimat, in eine Zeit, in der die 250jährige Zugehörigkeit der Grafschaft zu Preußen festlich begangen werden sollte. Der Magistrat der Stadt Hamm hatte zu einer Feier am 16. 6. 1859 eingeladen, deren Kosten anteilmäßig auf die beteiligten Gemeinden umgelegt werden sollten<sup>2</sup>). Die Stadtverordneten von Lüdenscheid beschlossen im Februar, den Bürgermeister Nottebohm, den Beigeordneten Rechtsanwalt Essellen und den Stadtverordneten Kaufmann C. Basse als Vertreter zu entsenden. Nicht alle Gemeinden der ehemaligen Grafschaft zeigten diese Bereitschaft zur Teilnahme: einige stellten Bedingungen betr. Verteilung der Kosten, andere, z. B. Bochum, lehnten ganz ab. Die Verhandlungen gingen bis in den Monat Mai. Schließlich wurde ein Ausschuß aus Bürgern der Stadt Hamm gebildet, um die Feiern vorzubereiten, die jedoch nur bei Anwesenheit des Prinzregenten oder seines Sohnes, des späteren Kaisers Friedrich III., stattfinden sollte. Die erste außenpolitische Lage verhinderte ihre Teilnahme und machte somit die Feier hinfällig, obwohl die Vorbereitungen weit gediehen waren: so hatten auf Wunsch des Ausschusses die teilnehmenden Gemeinden schon ihre farbigen Stadtwappen übersandt, darunter die Stadt Lüdenscheid das Medarduswappen.

In den Verhandlungen des Festausschusses hatte der Vorsitzende, der Appellationsgerichtspräsident Lent, gewünscht, daß die Teilnehmer aus dem Adel des Landes eine besondere Rolle auf der Feier spielen sollten. Sie verlangten, daß die Ritterschaft als Stand für sich das Fest mitfeierte und als solcher auch im Ausschuß vertreten sei. Als dieser Antrag von der Mehrheit, deren Vertreter aus den gewerbefleißigen Bürgerschaften der Gemeinden stammten, abgelehnt wurde, teilte der Landrat von Altena, Herr von Holzbrink, mit, „daß sie sich zuvörderst als Vertreter der Ritterschaft betrachteten und da deren Antrag nicht angenommen worden, nicht geneigt seien, sich an den Beratungen weiter zu beteiligen, ...“.

Dieser Vorgang zeigt die Spannungen zwischen den sich zäh an ihre alten Vorrechte klammernden alteingesessenen Adelsfamilien und den Bürgern, die aus eigener Leistung und Tüchtigkeit zu Verantwortung tragenden Gliedern des Staates emporgestiegen waren. Daß die unteren Regierungsinstanzen durchweg von Adeligen besetzt wa-

ren, erschwerte die Situation noch, wie sich nachher im Verfassungskonflikt besonders zeigen sollte.

Statt der 250-Jahr-Feier in Hamm fanden örtliche Feiern statt. In Lüdenscheid war die Stimmung auf dieser Feier wegen der drohenden Kriegsgefahr ernst. Wirtschaft und Industrie litten unter den kriegerischen Verwicklungen, Arbeitslosigkeit in der Industrie bedeutete für manche Familien eine zusätzliche Sorge (LW 28. 5. 59). Für die eingezogenen, bedürftigen Landwehrmänner der Stadt wurde während des üblichen Festessens gesammelt (LW 25. 6. 59). Bei der Aufnahme der durchziehenden preußischen Truppen taten sich Lüdenscheid und Meschede besonders hervor (LW 6. 8. 59).

### Die Schillerfeier<sup>3</sup>)

Das durch den italienischen Krieg neu geweckte Nationalbewußtsein wurde durch die Schillerfeiern stark gefördert. Schon im September 1859 forderte im Lüdenscheider Wochenblatt ein Leserbrief dazu auf, ja rechtzeitig mit den Vorbereitungen zu beginnen. Der Schreiber denkt noch nicht an eine große Veranstaltung, sondern nur daran, „den meisten Gebildeten Gelegenheit zu geben, ihrer Gesinnung Ausdruck verleihen zu können“ (LW 17. 9. 59). Diese Formulierung ist aufschlußreich, wenn man daran denkt, daß gerade von den Schillerfeiern des Jahres 1859 neue, starke Impulse für die nationale Bewegung ausgingen: die Gebildeten sind angesprochen, und sie sind in erster Linie die Träger der nationalen Bewegung.

Die Feier fand am 10. November im festlich geschmückten Gesellschaftssaal der „Concordia“ im Hotel Birk statt. Hinter dem Chor und dem Orchester stand erhöht eine ungefähr 1,50 m hohe, „vortrefflich gelungene Riesenbüste Schillers (angefertigt von einem Mitglied des städtischen Gesangvereins)<sup>4</sup>), worüber in großer Schrift die beiden letzten Zeilen aus dem Epilog zur Glocke von Goethe:

‘So feiert ihn! denn was dem Mann das Leben

Nur halb verleiht, muß ganz die Nachwelt geben!’

prangten<sup>5</sup>). Darbietungen des Chors und des Orchesters wechselten ab mit Sologesängen und Rezitationen. „Schwerpunkt des Festes“ waren die beim Festessen gehaltenen Reden. Der Saal war mit mehr als 300 Besuchern überfüllt.

Organisation und Verlauf des Festes zeigen eine Vorliebe für das Monumentalische, ja Gigantisch-Bombastische, wie es in der Riesenbüste Schillers zum Ausdruck kommt. Daneben steht die Betonung des Gefühls oder — um mit Schiller zu sprechen — des Sentimentalischen, wenn Lieder wie „Des Mädchens Klage“ von einer Altstimme gesungen wurden, „in der sich das tiefste Gefühl und die innigste Vergeistigung des Wortes mit dem Ton wiedergab, ...“. Dabei kam das leibliche Wohl nicht zu kurz. Wie bei allen Veranstaltungen der damaligen Zeit stand auch hier das Festessen im Mittelpunkt, das — ebenfalls nach der damaligen Übung — durch Reden und Toaste sehr in die Länge gezogen wurde und daher wohl kein reiner Genuß war. Die Reden hielten Rechtsanwalt Essellen, Beigeordneter und Magistrats Herr der Stadt, und August Nölle. Beide traten später politisch hervor. Mehrere Toaste wurden ausgebracht, u. a. von Pfarrer Spiritus auf die Frauen, von Schwarzhaupt und dem Rendanten Schumacher.

Wie ganz anders verlaufen die Schillerfeiern des Jahres 1959! Wir finden nichts Monumentalisches. Schiller wird gefeiert als Vorkämpfer der Freiheit und Menschenwürde. Festessen finden nicht statt. 100 Jahre nach 1859 zeigt doch alles eine härtere Nüchternheit, eine illusionslose, nicht idealisierte Sachlichkeit auf dem Boden einer aus den Fugen geratenen Welt. Damals schwärmte man in Gefühlen und besaß dabei ein Gefühl der Sicherheit in den — so glaubte man — unerschütterlich fest gefügten Formen des bürgerlichen Daseins im 19. Jahrhundert, trotz allen leidenschaftlichen Politisierens und aller kriegerischen Rufe.

Rechtsanwalt Essellen betonte in seiner Rede, daß die Schillerfeier „jede Meinungsverschiedenheit, jede Spaltungen“ überwinde. Sie werde gefeiert „in ganz Deutschland, ja auf dem ganzen Erdenkreis von allen deutschen Brüdern, von allen Gebildeten ...“. Der Unterton des Weltbürgerums, der zu Anfang des Jahrhunderts an der Wiege der nationalen Bewegung gestanden hatte, ist unverkennbar. Die Liebe zum Vaterlande sei ... unzertrennlich von (der) Liebe für die höchsten Güter, Wahrheit, Recht und Freiheit und diese strahle ... überall aus Schillers Dichtungen wieder. Näher befaßte sich der Redner nicht mit politischen Fragen. Aber die Rede hinterläßt doch den Eindruck, daß Essellen die Einheit der Deutschen weniger territorial als geistig versteht, als Glaube aller gebildeten Deutschen auf der ganzen Welt an die höchsten Güter Wahrheit, Recht und Freiheit, aus dem schon einmal — in den Befreiungskriegen — das Gefühl und der Einsatz für nationale Ehre und die Vaterlandsliebe entsprungen waren.

Die Rede von August Nölle war unpolitisch und brachte eine ästhetisierende Betrachtung des „reinen Menschentums“. Dagegen griff der Toast Schwarzaupts die Gedanken Essellens wieder auf und gab ihnen eine stärkere Wendung ins Politische. Was dem einzelnen die Heimat sei, sei den Völkern das Vaterland. Von hier zu unserer heutigen Forderung nach Recht auf Heimat ist es nicht weit. Er schloß mit den Worten: ... lassen Sie uns die Gläser auf das Wohl des theuren Vaterlandes leeren, lassen Sie uns ihm unsere besten Wünsche weihen; das Vaterland es lebe hoch!“

Auch hier finden wir keine konkreteren Angaben über das „theure Vaterland“. Sicherlich ist wohl ganz allgemein an das von Deutschen bewohnte Gebiet gedacht, d. h., was — grob gesehen — im Deutschen Bund zusammengefaßt war. Preußen wird nicht erwähnt. Es heißt nur allgemein, daß „Vaterland und Heimath ... theuer jedem fühlenden deutschen Herzen“ seien.

Die Feier macht zweifelsfrei deutlich ein mächtig drängendes Gefühl zur nationalen Einheit und den Mangel an konkreten Vor-

stellungen über die politischen Möglichkeiten. Dies lag nicht daran, daß man Repressalien der preußischen Behörden fürchtete, denn unter dem Ministerium der „Neuen Aera“ war „die öffentliche Meinung in ihre Rechte eingetreten: sie kann und darf sich frei und offen äußern ...“ (LW 15. 10. 59).

In der Rektoratschule zu Lüdenscheid fand ebenfalls eine Schillerfeier statt. Die Festrede, die heute noch in Privatbesitz erhalten ist, hielt Konrektor Friedrich Bleckmann<sup>3)</sup>. Hier wird die nationale Bedeutung Schillers deutlicher herausgestellt, ohne sie auf das deutsche Volk allein zu begrenzen: „... der heutige Tag (ist) ein Geburtstag — es wird geboren das Gefühl der Einigkeit unseres großen deutschen Volkes ... Von der Eider bis zur Alpengränze, vom Rhein bis zur Raab, nein weit über diese Gränzen hinaus feiert man dieses Fest. Der Ocean bietet keine Schranken. Unsere Brüder in Amerika und anderen Welttheilen, sie feiern mit uns, ... auch fremde Nationen nehmen innigen Antheil an dieser großen deutschen Nationalfeier.“ Wiederum fehlt nicht die weltbürgerliche Note. Aber die Grenzen des Gebietes, in dem das deutsche Volk sich eins fühlen soll, sind genau angegeben: es umfaßt genau den Deutschen Bund, d. h. die deutschen Staaten ohne das Herzogtum Schleswig, aber mit dem deutschen Teil Oesterreichs. Jedoch war der Redner gleichzeitig sehr vorsichtig und wollte sich nicht auf das Glatteis der Politik begeben. Deshalb fügte er nachträglich im Manuskript das Eigenschaftswort „geistig“ hinzu, so daß er in seiner Rede von dem „Gefühl der geistigen Einigkeit“ unseres großen deutschen Volkes sprach und damit einer möglichen politischen Interpretation von vornherein aus dem Wege ging. Auf der gleichen Linie liegt es, daß er

im weiteren Verlauf seiner Rede Schiller gegen den Vorwurf politischer Bestrebungen und revolutionärer Tendenzen verteidigte. Für ihn war Schiller ein Mann der Ordnung und damit alles andere als revolutionär. Er zitierte aus der Glocke: „Heilige Ordnung, segensreiche ...“ und schloß dieses Zitat mit der Frage: „Klingt das revolutionär?“

Alles in allem zeigt die Rede das Bild eines Mannes, der sich ängstlich vor den Untiefen der Politik hütete, ja Schiller gegen die liberalen politischen Tendenzen der Zeit in Schutz nahm. Er war ein getreuer Diener seines Staates, nicht nur im Tun, sondern auch in der Gesinnung. Bleckmann hatte diese Linie seit der Zeit eingehalten, als ihm seine frühere Zugehörigkeit zu den Burschenschaften verziehen worden war und er Lehrer werden konnte. An der Lateinschule in Lüdenscheid war er seit 1847 angestellt, hatte Ende 1848 an der Gründung des Konstitutionellen Vereins mitgewirkt und war im Jahr 1849 Redakteur des „Märkischen Boten“ gewesen. Stets hatte er „demokratische Wühlereien“ bekämpft in königstreuer Haltung und konservativer Gesinnung<sup>6)</sup>.

#### Anmerkungen:

1. Die Zitate aus dem Lüdenscheider Wochenblatt sind im Text jeweils in dieser Weise mit Datum der Ausgabe bezeichnet.
2. StA Lüd. 1702, ebenso die folgenden Zitate, soweit nicht anders bezeichnet.
3. Vgl. hierzu den Bericht in den „Lüdenscheider Nachrichten“ v. 10. 11. 1959.
4. Die Berichte im Lüdenscheider Wochenblatt v. 22. 10. und 19. 11. 1859 sprechen von 4 bzw. 5 Fuß Höhe.
5. Aus dem Bericht im Lüdenscheider Wochenblatt v. 19. 11. 1859, ebenso die folgenden Zitate, soweit nicht anders bezeichnet.
6. s. Sauerländer: Das politische Leben in Lüdenscheid ... 1840—50, S. 50.

## Der deutsche Nationalverein

Die Nationalbewegung war durch die kriegerischen Verwicklungen des Jahres 1859 zu neuem Leben erwacht. Einerseits regte das Beispiel Italiens, das allem Anschein nach den Weg zur nationalen Einheit wenn auch mit Hilfe Napoleons III. tatkräftig beschritten hatte, die nationale Sehnsucht in Deutschland mächtig an. Andererseits bewirkte die Gefahr, die von Napoleon am Rhein zu drohen schien, daß für die Verteidigung der Heimat und des Vaterlandes die nationale Begeisterung hell aufblumte. Dazu kamen die Hoffnungen, die die Liberalen der „Neuen Aera“ in Preußen für eine Förderung der nationalen Ziele entgegenbrachten<sup>1)</sup>. Dies alles führte zur Gründung des Nationalvereins im September 1859 in Frankfurt/Main, die von zwei Kundgebungen in Eisenach und Hannover im Juli 1859 eingeleitet wurde. Der Verein setzte sich für eine deutsche Einigung unter preußischer Führung ein, verzichtete also notgedrungen auf Oesterreich und war somit kleindeutsch. Die preussische Regierung sollte die Initiative ergreifen. Die führenden Männer dieser Bewegung waren bekannte Politiker aus allen deutschen Staaten: Bennigsen und Miquel aus Hannover, Schulze-Delitzsch, F. Duncker u. a. aus Preußen, Oetker aus Kurhessen und weitere Männer des politischen Lebens. Die Feiern im Schillermonat November 1859 zeigten überall deutlich die Merkmale dieser neuen Bewegung, die wiederum von diesen Feiern mächtige Impulse erhielt.

Prinzregent Wilhelm von Preußen betrachtete die sich hier regenden Kräfte mit Unbehagen, das mit Befriedigung über die Preußen zugeordnete Rolle gemischt war. Er ließ ihn daher weder verbieten noch fördern, während der Verein in anderen deutschen Staaten verboten wurde.

In Lüdenscheid trat der Nationalverein erst Ende 1860 an die Öffentlichkeit<sup>2)</sup>. Die Gründungsversammlung fand am 22. 12. 1860 in der Wirtschaft Witwe Knobel in der heutigen Wilhelmstraße statt (LW 22. 12. 60). In der Ausgabe des Lüdenscheider Wochenblattes, die hierüber berichtete (LW 5. 1. 61), erschien gleichzeitig ein Artikel unter dem Titel „Eine Frage der Zeit“, der sich speziell mit dem politischen Leben in kleineren Orten befaßte. Der Verfasser zeichnet den Artikel mit einem großen „N“. Sehr wahrscheinlich verbirgt sich dahinter August Nölle, der zu den Gründern des Nationalvereins in Lüdenscheid gehörte und schon auf der Schillerfeier durch eine allerdings unpolitische Rede hervorgetreten war, denn auch unter späteren Berichten über Sitzungen des örtlichen Nationalvereins erscheint dieses „N“<sup>3)</sup>. Sicherlich war es nicht Heinrich Nölle, der ebenfalls zum Vorstand gehörte, publizistisch aber in keiner Weise hervortrat.

Nölle hält in diesem Artikel nicht viel von dem politischen Leben in Lüdenscheid, das er mit seiner Bevölkerungszahl von 5678 Seelen im Jahre 1861<sup>4)</sup> zu den kleineren Orten zählte, „welche nicht an und für sich schon durch reichere Mannigfaltigkeit bedeutsamer Erscheinungen eine weitere Perspektive eröffnen ... In den unteren Klassen der Bevölkerung und in kleineren, von den großen Verkehrswegen nicht berührten Landschaften ist die Gefahr der geistigen Losrennung des Individuums vom Staatsganzen eine doppelt große ... unsere Stadt (macht) von dieser allgemeinen Regel keine Ausnahme. Zeitungs-Lektüre und gemüthliche Unterhaltung in kleinen Kreisen sind bis dahin im Wesentlichen die hervorragenden Momente unseres politischen Lebens gewe-

sen...". Das soll nun anders werden. Das Volk muß durch geeignete Mittel erzogen werden; es soll „mündig“ werden, d. h. es soll erkennen, daß die einzelnen Glieder des Volkes aufeinander angewiesen sind und diese Verbindung mit dem Ganzen als Bedürfnis empfinden. Erst dann ist es der konstitutionellen Staatsform würdig, die der Verfasser als die rechte Staatsform für eine „mündige Nation“ betrachtet. Die geeignetsten Mittel sind für ihn „öffentliche Versammlungen zum Zwecke politischer Besprechungen“, die „alle Schichten der Bevölkerung umfassend, in nicht zu langen Perioden sich wiederholten; ... sie würden die schnell verflackernde Begeisterung in anhaltende Glut verwandeln, ... — ... es gilt, jene Verschmelzung der individuellen Interessen mit denen des weiteren Vaterlandes zum Bewußtsein aller zu bringen; es gilt endlich, jene freiwillige Unterordnung Aller Einzelner unter das Ganze, jene männliche Aufopferungsfähigkeit zu erzeugen, welche die sittliche Höhe und Reife einer Nation bezeichnet und das allein richtige Verhältnis des Individuums zur Gattung herstellt.“

Diesen Anregungen folgte sehr bald die Tat, indem für den 28. Jan. 1861 die 1. Generalversammlung des örtlichen Nationalvereins einberufen und die Statuten festgelegt wurden (LW 2. 2. 61). Den Aufruf vom 19. 12. 1860 zur Bildung des Vereins hatten Aug. Nölle, Essellen, W. Gerhards, G. vom Hofe und Wilh. Turck unterzeichnet. In der obigen Generalversammlung wurde ein 7-köpfiger Vorstand gewählt: Wilh. Turck als Vorsitzender, Aug. Nölle, Heinrich Nölle, Carl Basse, Dr. Dedia, Lehrer Lüttringhaus und Essellen.

Es ist für das Verständnis des politischen Lebens in Lüdenscheid nötig, sich diese Männer etwas näher anzusehen. Fabrikant W. Gerhards, der den Aufruf vom 19. 12. 1860 unterzeichnet hatte und nicht zum Vorstand gehörte, war 49 Jahre alt. 1847 Vorsteher der Stadtverordneten<sup>5)</sup>, hatte er sich im Revolutionsjahr 1848 als „Führer der demokratischen Elemente“ hervorgetan und war im Mai 1849 im Zusammenhang mit den Unruhen in Iserlohn verhaftet, später aber freigesprochen worden<sup>6)</sup>. An seiner Seite hatte in den Revolutionsjahren der „Demokrat ohne Achtung“ Gustav vom Hofe gestanden<sup>7)</sup>. Neben der Tätigkeit für den Nationalverein trat Gerhards noch im 1861 gegründeten Turnverein hervor, war 1861 Vorsitzender der Stadtverordneten und gehörte von 1864-67 dem Ausschuß des Konsumvereins als Beisitzer an<sup>8)</sup>. G. vom Hofe, früher Handlungsgelhilfe, dann Fabrikant, war 1861 mit 43 Jahren Stadtverordneter, starb aber schon im Mai desselben Jahres. Vom Vorstand des Nationalvereins gehörten W. Turck, Aug. und Heinr. Nölle und C. Basse zu den Industriellen und Fabrikbesitzern der Stadt. W. Turck und C. Basse traten später noch in der Zeit des Verfassungskonfliktes hervor. Beide hatten 1848 mit Konrektor Bleckmann den Konstitutionellen Verein mitbegründet, beide gehörten ganz entschieden zur konservativen Partei<sup>9)</sup>. C. Basse war 1859 und später Stadtverordneter. Rechtsanwalt Essellen war schon mit 31 Jahren 1854 Mitglied des Magistrats und später Beigeordneter geworden. Als er am 1. Juli 1864 nach Dortmund übersiedelte, erhielt er das Ehrenbürgerrecht der Stadt Lüdenscheid.

Das politische Denken dieser Männer war im Grunde nicht einheitlich, auch wenn sie das Programm des Nationalvereins begrüßten. Alle traten mit brennendem Herzen für die nationale Einigung des deutschen Volkes ein. In der ersten Begeisterung schienen die Verschiedenheiten der Auffassungen über das Wie und die innenpolitische Gestaltung dieses geeinigten Deutschland unwichtig. Im ganzen lassen sich wohl drei Gruppen unterscheiden: W. Turck und C. Basse blieben im Grunde ihrer alten konservativen Hal-

tung treu. Es spricht viel dafür, daß ihr alter Gegner von 1848, W. Gerhards, der sich mit ihnen im Nationalverein gefunden hatte, ihnen auf diesem Wege folgte. Eine andere Gruppe um Aug. Nölle, Gründer und Vorstandsmitglied des Nationalvereins in Lüdenscheid, war eindeutig freisinnig und fortschrittlich gesinnt. Zu der 3. Gruppe zählten Essellen und Lehrer Lüttringhaus, die als Beigeordnete bzw. Beamter schon wegen ihres Eides nicht gegen die Regierung auftreten konnten. Der Lüdenscheider Zweigverein war somit in seinem Vorstand ein getreues Spiegelbild des deutschen Nationalvereins, in dem sich in der ersten großen Begeisterung für das gemeinsame Ziel der nationalen Einigung politische Richtungen zusammenschlossen, die im Grunde gegensätzlich waren und bei der ersten Belastungsprobe wieder auseinanderbrechen mußten.

Vorerst aber entwickelte sich die Tätigkeit des Lüdenscheider Zweigvereins in lebhaften Formen. Trotz aller Hoffnungen scheint aber bei der Gesamtbürgerschaft das Echo nicht groß gewesen zu sein, denn für die Versammlung vom 8. Sept. 1861 wird ausdrücklich erwähnt, daß sie sich „von ähnlichen früheren Zusammenkünften in erfreulicher Weise durch eine recht zahlreiche Teilnahme“ unterschied (LW 14. 9. 61).

Eine besonders wichtige Versammlung fand am 8. Sept. 1861 im „Schützenzelt“ statt. Sie war gut besucht. Drei Mitglieder des Lüdenscheider Vereins hatten die Generalversammlung des Nationalvereins in Heidelberg besucht und berichteten nun voller Begeisterung von ihren Erlebnissen. Die lebhafteste Anteilnahme an dem Schicksal Schleswig-Holsteins hatte in Heidelberg zu einer großzügigen Spende für die Errichtung einer deutschen Kriegsflotte geführt, an der sich der Vorsitzende des Lüdenscheider Vereins, Wilhelm Turck, mit der hohen Summe von 200 Talern beteiligte. Dieses Beispiel zündete in der Versammlung in Lüdenscheid. Auch hier wurde eine Sammlung für die Flotte beschlossen, die bis zum November 1861 fortgesetzt wurde und von 928 Spendern zusammen fast 1276 Taler erbrachte (LW 9. 11. 61). Damit stand Lüdenscheid an der Spitze der Spendenliste des deutschen Nationalvereins<sup>10)</sup>. Das Geld wurde der preußischen Regierung für den Aufbau einer Kriegsflotte übergeben, die ihrerseits nach diesem sichtbaren Beweis propreußischer Gesinnung die Anweisung gab, den Nationalverein gewähren zu lassen, was bis dahin in verschiedenen preußischen Städten nicht der Fall gewesen war (LW 14. 9. 61). Der Nationalverein erleichterte die freundliche Haltung der Regierung auch dadurch, daß er alle illegale Tätigkeit strikt ablehnte. So hatte der Versammlungsleiter, der damit das italienische Beispiel verurteilen wollte, in der Versammlung vom 8. Sept. 1861 u. a. gesagt, „der deutsche Nationalverein habe den Weg der Gesetzlichkeit betreten und wende ihn unbeirrt von mannigfachen Einflüsterungen...“ (LW 14. 9. 61).

Die große Zahl der Spender in Lüdenscheid mag etwas in Erstaunen versetzen, da ja die Versammlungen des örtlichen Nationalvereins mit Ausnahme der am 8. Sept. 1861 im allgemeinen nicht gut besucht waren. Aber auch wenn die aktive politische Betätigung nicht sehr groß war, so schlossen sich doch die wenigsten von einer Spende zugunsten einer vom preußischen und deutschen Standpunkt so wichtigen Sache aus. So fand die Sammlung „besonders im Mittelstande und unter den Arbeitern ... eine zuvorkommende Opferwilligkeit“ (LW 21. 9. 61). Sollten unter den Arbeitern doch Zögernde und Unwillige gewesen sein, half die Art und Weise, wie die Spenden öffentlich im Lüdenscheider Wochenblatt mit Angabe der Höhe und dem Namen des Spenders quittiert wurden, der Bereitwilligkeit nach. Auch erfolgten verschiedentlich die Angaben über die eingegangenen Sammlungsbeträge mit einem

deutlichen Wink an die, die noch nicht gespendet hatten. So heißt es im Lüdenscheider Wochenblatt vom 2. Nov. 1861: „... etwas auffallend ist es uns, daß in der Stadt mehrere Fabriken immer noch zurückbleiben, während wir doch nicht darüber im Zweifel sein können, daß auch unter deren Arbeiter warme Herzen für's Vaterland schlagen.“ Da diese Fabriken nicht unbekannt waren, werden schon die Fabrikherren selbst nachgeholfen haben, daß diese Bloßstellung nicht mehr erfolgen konnte. Um so ehrenvoller war es dann, wenn einzelne Fabriken, wie die der Gebr. Nölle in der Rahmede, deren Arbeiter fast einen ganzen Tageslohn spendeten, besonders und lobend erwähnt wurden (LW 5. 10. 61). Mit dieser Sammlung hörte die Tätigkeit des Nationalvereins in Lüdenscheid auf. Die Auseinandersetzungen im preußischen Verfassungskonflikt setzten ihr ein Ende.

Wie überall in Deutschland erfuhr der nationale Gedanke auch in Lüdenscheid eine zusätzliche Förderung durch die Gründung des Lüdenscheider Turnvereins im April 1861<sup>12)</sup>, dessen erster Gemeinewart, d. h. Vorsitzender, dann auch Wilhelm Gerhards war, der gleichzeitig den Aufruf zur Bildung des Nationalvereins in Lüdenscheid mit unterzeichnet hatte. Diese Querverbindung wird auch sichtbar in der Sitzung des örtlichen Nationalvereins vom 11. Mai 1861, in der eine Rede „über den deutschen Turnvater Friedrich Ludwig Jahn“ verlesen wird (LW 18. 5. 61).

#### Die philosophischen und politischen Grundlagen

Worauf gründete sich das politische Denken, und wie waren die nationalen Vorstellungen der im Nationalverein politisch tätigen Lüdenscheider?

Das Lüdenscheider Wochenblatt vom 1. Jan. 1860 bringt in seinem Rückblick für 1859 folgende Sätze über den italienischen Krieg: „Wie schwer aber auch die Drangsale den einzelnen getroffen haben, in dem mit Blut getränkten Boden schlummern edle Keime, die eine höhere Stufe des Daseins in sich bergen, und über dem Gewirre der menschlichen Leidenschaften schwebt in erhabener Ruhe der Weltgeist.“ Diese Zeilen zeigen deutlich die Geschichtsphilosophie Hegels, die im 19. Jahrhundert das politische Denken der Gebildeten in Deutschland in der mannigfaltigsten Weise beeinflusste und lenkte. Hiernach schreitet die Geschichte von Stufe zu Stufe einer immer höheren Vollkommenheit in Uebereinstimmung mit dem Weltgeist entgegen, der für Hegel mit der absoluten Vernunft und Gott identisch ist. Kriegerische Auseinandersetzungen in diesem „geschichtlichen Entwicklungsprozeß der Menschheit“ sind notwendig, um die nächsthöhere Stufe vorzubereiten, und darum unvermeidlich. Das Neue wird sich Bahn brechen, wenn auch noch in der Phase des Widerspruchs manche Widerstände und Scheinsiege der untergehenden Zeit überwunden werden müssen: sie „entsprechen auch ... der Weltordnung. Wie in den sonnigen Tagen des Frühlings oft noch der kalte Winter mit Schnee und Eis hereinbricht und mit seinem tödlichen Hauche die aufbrechenden Knospen vernichtet, so stürmt auch jetzt nochmals mit letzter Kraftanstrengung die alte Zeit in den Völkerfrühling hinein und knickt die schönsten Hoffnungen und die erhabendsten Ideen. Der Kampf der neuen Zeit mit der alten ist noch nicht ausgefochten und kann noch Jahrzehnte währen und noch viele Opfer fordern. Aber es muß doch Frühling werden!“ (LW 3. 1. 1863). Daneben aber wird z. B. in der Rede Essellens zur Schillerfeier 1859 der Einfluß der von Savigny begründeten „Historischen Schule“ deutlich, die im Gegensatz zu Hegel betont, daß die jeweils vorhandene Lebensform eines Volkes, sein Staat, sein Recht, seine Religion und seine Kunst, keine nur

vorübergehende Stufe zu etwas Höherem ist, sondern einen Wert an sich bedeutet. Wie schon gezeigt wurde, liegt das Schwergewicht der Ausführungen Essellens auf der Identität von Vaterlands- und den „höchsten Gütern, Wahrheit, Recht und Freiheit“, wie sie schon in Schillers Werken sichtbar wurden und 1859 in unverändertem Glanze neu erstrahlten. Gerade bei Essellen klingt ja auch die Verbindung von Weltbürgertum und nationalem Gedanken an, wie sie in der Zeit der deutschen Erhebung unter dem Einfluß Fichtes entstanden war<sup>12</sup>).

Sei es aber nun die Geschichtsphilosophie Hegels, die „Historische Schule“ Savignys, die dann in Ranke ihre wohl größte Ausprägung fand, oder Fichte — die gesamte geistige Haltung der gebildeten Lüdenscheider um 1860 ist ausschließlich geprägt von der Zeit und den Ideen der nationalen Erhebung gegen Napoleon, die Gedankenwelten verschiedener Herkunft zu einem nationalen Willen verschmolz und 50 Jahre später, um 1860, noch das gesamte politische Denken formte. Aus diesen gedanklichen Voraussetzungen entsprang die politische Aktivität um 1860. Deshalb ist sie auch nur bei den gebildeten Lüdenscheidern zu finden, während die übrige Bevölkerung der Stadt sich zwar gefühlsmäßig für Vaterland, Ehre und Freiheit leicht ansprechen ließ, großen philosophisch-politischen Ideen aber kaum zugänglich war<sup>14</sup>). Wie sehr die gebildeten Lüdenscheider das selbst empfanden und aus welchen sozialen Schichten sie stammten, zeigt der Rückblick auf 1862 im Lüdenscheider Wochenblatt, in dem als die bedeutendsten politischen Faktoren „das gebildete industrielle Bürgerthum und der freie behäbige Bauernstand“ genannt werden (LW 3. 1. 63). Der Arbeiterstand wird nicht erwähnt. Es ist für die liberalen Politiker der damaligen Zeit selbstverständlich, daß der Arbeiterstand keine Rolle im politischen Leben zu spielen hat, die nur dem Gebildeten zusteht. Deshalb wollte der Nationalverein Arbeiter auch nur als „Ehrenmitglieder“ aufnehmen<sup>14</sup>).

Das nationale Erlebnis nach 1806 im Kampf gegen Napoleon hatte der nationalen Bewegung einen gewissen aggressiven Zug gegen Frankreich verliehen, der aus Protest gegen tatsächliche oder vermeintliche französische Uebergriffe geboren war<sup>15</sup>). Diese Protesthaltung in einem starken, selbstbewußten Nationalgefühl ist nichts typisch Deutsches. Wir finden sie bei andern Völkern ebenso. So schreibt das Lüdenscheider Wochenblatt im Rückblick für 1860 (LW 5. 1. 61): „... Europa läßt sich in schmachvoller Erniedrigung von einem Manne Gesetze vorschreiben; ...“ (gemeint ist Napoleon III.). Bei dieser anti-französischen Haltung ist den Vorkämpfern für eine nationale Bewegung gar nicht bewußt, wie sehr der nationale Gedanke auch vom Geist und den Ideen der französischen Revolution von 1789 beeinflusst ist. Im Anschluß an die Verurteilung Napoleons III., der ja selbst das Selbstbestimmungsrecht der Völker auf seine Fahnen geschrieben hatte und Anhänger des Plebiszits war, schreibt der Verfasser des Rückblicks: „Was allein in dem hereinbrechenden Völkersturme retten kann, ist rücksichtslose Anerkennung des Nationalitätsprinzips, des Prinzips daß alle diejenigen, die einer Völkerfamilie angehören, eine Sprache reden, in Charakter, Sitten und Religion übereinstimmen, dieselben Neigungen und Bedürfnisse haben, also von Natur auf ein gemeinsames Leben hingewiesen sind, auch zu einem staatlichen Körper vereinigt werden, und daß innerhalb dieser neuen Organismen constitutionelles Leben, Recht und Gesetz zur That und Wahrheit werde“ (LW 5. 1. 61). In diesem Zusammenhang begrüßt dann der Verfasser die Gründung eines Zweiges des Nationalvereins in Lüdenscheid. Antifranzösische Gefühle, nationale Einigung der auf Deutschland gemünzten „Völkerfamilie“ in einer konstitutionellen Staatsform, d. h. im liberalen Geist sind

Kennzeichen der politischen Gesinnung der geistig führenden Lüdenscheider um 1860. In diesem Zusammenhang sei auch ein Gedicht erwähnt, das im Lüdenscheider Wochenblatt beim Ausbruch des Krieges in Italien und zur preußischen Mobilmachung als Eingesandt abgedruckt wurde (LW 7. 5. 59) und stellvertretend für manche andere sehr aufschlußreich ist:

„Zum Abschied.“  
(Verspätet.)

Ach, geht nur hin! Ihr Freunde, Jugendbrüder  
Und folgt dem treu, was über euch  
verhängt;  
Erst wenn die Pflicht es leidet, kehret  
wieder,  
Jetzt ist vielleicht das Vaterland  
bedrängt.

Drum geht nur hin und schlaget  
unerschüttert,  
Wird es verlangt, mit Muth des Franken  
Heer,  
Der vielleicht schon nach unsern Höhen  
wittert,  
Doch schlagt ihn tapfer, kämpft für  
Preußens Ehr.

So geht nun hin! Auch wir, die nicht  
berufen  
Zu streiten ruhmvoll für das deutsche  
Reich;  
Wir folgen euch im Geiste nach den  
Stufen,  
Die ihr betretet, — denken stets an  
euch.

Ach, geht nur hin! Ob auch am  
Heimatherde  
Manch Liebes Herze Tränen Euch  
nachweint;  
Tragt still verborgen jegliche  
Beschwerde,  
Ob manchmal bitter, kämpfet treu  
vereint.

Ach, gehet hin! Gebt von euch frohe  
Kunde,  
Daß sie erleichtre uns'ren Trennungsschmerz;  
Sie sei uns stets ein Balsam für die  
Wunde,  
Dann blickt das Auge dankend himmelwärts.

So geht denn hin! Ihr Freunde, Jugendbrüder,  
Erkämpft Lorbeeren euch und ermtet  
Glück,  
Doch bald, — in kurzer Zeit — kehrt Alle  
wieder  
In voller Zahl — in's Heimathaus zurück.

Der Dichter ist mit August Sch. angegeben und weiter nicht bekannt. Jedenfalls ist es nicht der damalige Lüdenscheider Stadtpoet Stähler<sup>16</sup>).

Was uns zuerst an diesem Gedicht auffällt, ist eine Sentimentalität, die wir heute als unecht und Kitsch bezeichnen würden. Sie ist damals jedoch ebenfalls ein Erbe, und zwar ein Erbe der deutschen Empfindsamkeit zu Beginn des 19. Jahrhunderts, in der es einem Mann wohl anstand, Tränen zu vergießen. Wir mögen heute leicht über diese „Gefühlsduselei“ lächeln. Damals kam sie aus dem Innersten und befähigte unsere Väter zu den größten Opfern.

Frankreich, „des Franken Heer“, gilt es zu schlagen, „der vielleicht schon nach unsern Höhen wittert“. Kämpfen soll der Soldat für das Vaterland, Preußens Ehre und das deutsche Reich, die hier offensichtlich für den Dichter eins sind. Preußen ist für ihn Deutschland, und Preußen steht in erster Linie die Aufgabe zu, für die deutsche Sache einzustehen. Darin stecken wohl kaum großpreußische Ideen oder das Verlangen nach

der Hegemonie Preußens in Deutschland, sondern der Wunsch, daß Preußen als führender Staat von allen anderen deutschen Staaten anerkannt wird. Auch dieses Gedicht macht deutlich, daß die nationale Bewegung machtvoll die Gemüter ergriffen hat, konkrete Vorstellungen aber fehlen. Der antifranzösische Charakter der nationalen Bewegung wird auch in folgendem Gedicht von C. G. Leithäuser deutlich, das am 3. März 1860 im Lüdenscheider Wochenblatt abgedruckt wurde:

„Deutsche Geographie.“

Mein Sohn, ich will Dich fragen,  
Wie heißt Dein Vaterland?  
„Der alte Arndt besang es,  
Das deutsche Heldenland.“

Was ist des Landes Zierde?  
„Ein Volk, der Freiheit werth!  
Sein edelstes Gewächse?  
„Sind Pflugschar, Wort und Schwert.“

Wie heißen Eure Ströme?  
„Wenn's sein muß: Deutsches Blut.“  
Und Eure festen Burgen?  
„Sind Gottvertraun und Muth.“

Wo ist des Reiches Mitte?  
„Wo Freund nie Freund verließ.“  
Und wo ist seine Grenze?  
„Drei Schuß jenseit Paris.“

Die Grenze des deutschen Reiches ist hier sogar „Drei Schuß jenseit Paris“. Das ist die einzige geographische Angabe und zeigt gleichzeitig die schon erwähnte Aggressivität in besonders verstiegener Form. Weitere konkrete Angaben fehlen völlig und werden durch Charakterwerte ersetzt, wenn der Dichter das deutsche Blut als Deutschlands Ströme und Gottvertrauen und Mut als die deutschen Burgen bezeichnet. Wie wir sahen, ließ schon die Rede Essellens auf der Schillerfeier jede konkrete Vorstellung über die nationale Einigung vermissen. Die Verhandlungen des Lüdenscheider Nationalvereins zeigen sogar, wie eine schärfere politische Profilierung nicht nur fehlt, sondern sogar unerwünscht ist. So werden in der Generalversammlung vom 28. Jan. 1861 „verschiedene Ansichten“ förmlich vorausgesetzt und nur „feurige Liebe und ... opferfreudige Hingebung fürs Vaterland“ erwartet (LW 2. 2. 61), und im April 1861 geht es in einer Anzeige im Lüdenscheider Wochenblatt (LW 27. 4. 61) darum, „die Mahnung wachzuerhalten: den politischen Parteicharakter als gefährlichsten Feind zu meiden“. Erst später, im Rückblick auf 1862, kann das Lüdenscheider Wochenblatt, wenn auch bescheiden, verkündigen: „... die Idee der Einheit dringt aus allgemeinen Umrissen zu immer festern Gestaltungen; der Nationalverein hat in diesem Jahr die Reichsverfassung von 49 auf sein Banner geschrieben; ...“ (LW 3. 1. 63).

Die Aufgabe Preußens

Dagegen steht es für die Lüdenscheider außer Zweifel, daß Preußen die maßgebende Rolle bei der nationalen Einigung zufällt. Treue zum preußischen Staat und Liebe zu den Hohenzollern waren auch den sonst politisch wenig aktiven Durchschnittsbürgern Lüdenscheids eine Selbstverständlichkeit. Als daher der Nationalverein am 8. Sept. 1861 die schon erwähnte Versammlung im „Schützenzelle“ einberief, in der bei besonders guter Beteiligung über die Generalversammlung in Heidelberg berichtet wurde, wurde zum Schluß „ein Toast auf Se. Majestät König Wilhelm I., in welchem besonders hervorgehoben, daß die Loyalität gegen das preußische Königshaus in voller Uebereinstimmung sei mit den Zielen des Nationalvereins ... mit lautem Jubel ausgebracht“ (LW 14. 9. 61). Und das Lüdenscheider Wochenblatt sagt in seinem Rückblick auf 1863 in Erinnerung an den Hubertusburger Frieden 1763: „Zugleich war in Deutschland sel-

ber eine Großmacht entstanden, welche ... berufen schien, ... bei dem immer weiter um sich greifenden Auflösungsprozeß des deutschen Reiches die deutschen Stämme um ihr Banner zu schaaren, und die deutsche Nation wieder auf die ihr gebührende Stufe der Würde und Macht zu erheben" (LW 2. 1. 64). Der Berichterstatter denkt dabei an die preußische Erhebung von 1813, die sich zum 50. Male gejährt hatte, und bezeichnet Friedrich den Großen und Friedrich Wilhelm III. als Friedrich den Einzigsten und Friedrich Wilhelm den Gerechten. Nach seiner Meinung hat Preußen schon in den napoleonischen Kriegen eine nationaldeutsche Aufgabe erfüllt, indem es die anderen deutschen Länder im Kampf gegen Napoleon mit sich riß und der Nation zu neuem Ansehen verhalf. Was damals aber Preußens Aufgabe gewesen war, sollte es 50 Jahre später ebenfalls wieder sein. Ein Gedicht, das als Eingesandt ohne Namensnennung am 23. März 1861 im Lüdenscheider Wochenblatt veröffentlicht wird, fordert Preußen direkt auf, Nord und Süd zu vereinigen. Die letzte Strophe heißt:

„So steh' denn Preußen, hoch und hehr,  
Vereine Süd und Nord,  
Sei Deutschlands starke Burg und Wehr,  
Nach deines Königs Wort! [hält]  
Laß wanken, laß weichen, wer Treue nicht  
Der gläubige Streiter besieget die Welt:  
Und Gott wird den Sieg dir verschaffen,  
Sind Glaube, sind Treu' deine Waffen!"

Aber es findet sich nirgendwo die nüchternere Schlußfolgerung, daß dies in der damaligen Situation den Verzicht auf Oesterreich bedeutete. Nur aus der mehrfach betonten Abneigung gegen Oesterreich, die aus „Oesterreichs Groll gegen Preußen" (LW 16. 7. 59) und seiner reaktionären Haltung (LW 1. 1. 60) erwächst, ließe sich schließen, daß die Lüdenscheider für eine Einigung ohne Oesterreich, für eine kleindeutsche Lösung also, einträten.

Preußen soll in der Einigung vorangehen. Aber welches Preußen? Nicht das Preußen der Reaktion, sondern das Preußen der liberalen „Neuen Aera"! Die nationalen Bestrebungen, die sogar — wie oben gezeigt — auch nationalistisch-chauvinistische Töne anzuschlagen verstand, waren nicht bei den konservativen Preußen zu Hause, aus deren Reihen Bismarck stammte, sondern bei den Liberalen, die im schärfsten Gegensatz zu Bismarck standen. Das sollte man bei der Beurteilung Bismarcks nicht vergessen. Deutlich hatte in Heidelberg ein Redner des Nationalvereins darauf hingewiesen: „Wenn sich Preußen erst einmal entschließt, die deutsche Flagge aufzuhissen, unter schwarz-roth-goldener Flagge zu segeln — dann, ja dann wird es im sichern Hafen landen, und wir wollen uns gerne von ihm in's Schlepptau nehmen lassen! (Stürmischer, nicht endender Beifall)" (LW 7. 9. 61 — Beilage). Schon vorher, am 1. Juni 1861, hatte in einem Vortrag über „das Verhältnis Preußens zum National-Verein" der Redner hervorgehoben, „wie die Gründer des National-Vereins, wenn

sie die Führung des gesamten deutschen Vaterlandes in Preußen's Hände möchten gelegt wissen, dabei nicht etwa von einer Vorliebe für Preußen sich leiten ließen, sondern von der Erkenntniß, daß naturgemäß Preußens Interessen mit denen ganz Deutschlands zusammenfallen. Es wurde versucht, geschichtlich nachzuweisen, wie Preußen nur dadurch groß geworden, daß es sich an die Spitze des Fortschritts stellte, daß sich seine Fürsten stets um das gesammte Vaterland, sogar mit Hintenansetzung ihrer Selbständigkeit verdient machten, ... Allerdings sei es nun auch Preußens Pflicht, seinem historischen Beruf zu entsprechen; leider habe sich nun im Laufe der letzten Kammer-Periode gezeigt, daß im eigenen Lande reaktionäre Elemente sich bestrebten, das königliche Wort „Preußen muß moralische Eroberungen machen" nicht zur Durchführung gelangen zu lassen; ..." (LW 22. Juni 1861). Der Bericht ist mit „N" unterzeichnet. Der Verfasser muß eine maßgebliche Rolle im örtlichen Nationalverein gespielt haben, und wir sahen schon oben (S. 2), daß es sich eigentlich nur um Aug. Nölle handeln kann, Gründer und Vorstandsmitglied des Lüdenscheider Zweigvereins. Deutlich wird hier nur ein fortschrittliches, liberales Preußen anerkannt, ja sogar eine „Vorliebe für Preußen", d. h. eine gefühlsmäßige Bindung an Preußen und sein Herrscherhaus verneint. Zwar werden auch hier die Interessen Preußens mit denen Deutschlands gleichgesetzt. Auch dieser Redner vertritt die Meinung, daß die preußischen Herrscher sich schon immer für das nationaldeutsche Interesse eingesetzt hätten „mit Hintenansetzung ihrer Selbständigkeit". Aber in dieser Auffassung findet die Hinneigung zu Preußen auch schon ihre Grenzen. In dem schon zitierten Artikel „Eine Frage der Zeit" (LW 5. 1. 61), der ebenfalls mit einem „N" gezeichnet war, hieß es: „Es gilt, das Volk würdig zu machen seiner freisinnigen Staatsformen und ihren Ausbau auf der Basis ächter Freiheit zu sichern, ...". Vergleichen wir diese Ausführungen mit dem Toast auf der Versammlung vom 8. Sept. 1861, so wird schon deutlich, daß in der Haltung zu Preußen im Verfassungskonflikt Gegensätze im Lüdenscheider Nationalverein bestanden, die später sogar offen ausbrechen sollten (s. u.).

#### Anmerkungen:

1. vgl. Mommsen, Einheitsbewegung, S. 447 ff.
2. vgl. hierzu und im folgenden Sauerländer, der „Deutsche Nationalverein" in Lüdenscheid, in: „Der Reichemeister" 8/1958.
3. LW v. 22. 6. u. 14. 9. 1861.
4. StA Lüd 1211.
5. StA Lüd 1425
6. Sauerländer, das politische Leben in Lüdenscheid . . . 1848—50, S. 17, 64 u. 76.
7. dsgl., S. 66.
8. Festschrift des Konsumvereins 1913, S. 24.
9. Sauerländer, a. a. O., S. 41, 48 u. 67.
10. Strodel, Chronik, S. 2.
11. Festschrift LTV 1911, S. 3.
12. Meinecke, Erhebung, S. 181.
13. vgl. den Artikel „Eine Frage der Zeit" in LW 5. 1. 61.
14. Mommsen, Bismarck, S. 80.
15. vgl. Ritter, Europa und die deutsche Frage, S. 55ff.
16. Festschrift LTV 1911, S. 8.

geordnetenhaus die für die Heeresvermehrung nötigen Summen als „Provisorium" bewilligte. Zu endgültiger Zustimmung erklärte sich das Parlament auch 1861 nicht bereit, verlangte vielmehr die Vorlage eines Wehrgesetzes, das aller Wahrscheinlichkeit nach die Mehrheit ablehnen würde. Inzwischen waren aber die Reformen schon angelaufen.

In dieser Zeit der wachsenden Spannung zwischen Regierung und Parlament spaltete sich von den Altliberalen die Fortschrittspartei ab. Auch H. Kreutz, Abgeordneter für Lüdenscheid, von Beruf Kaufmann in Olpe, schloß sich der neuen Partei an und betonte in einem Aufruf für die im Dezember 1861 stattfindenden Neuwahlen: „Das in Berlin aufgestellte Wahl-Programm der Fortschrittspartei einigt gegenwärtig diejenigen, welche in Preußen den besonnenen Fortschritt wollen. Auch wir haben uns demselben angeschlossen ..." (LW 16. 11. 61). Von der späteren Erbitterung des Kampfes ist hier noch nichts zu spüren. Selbstverständlich ist es für Kreutz, daß diese Partei auch königstreu ist. Aber die Erklärung eines der wahlberechtigten Bürger zu diesem Aufruf zeigt doch schon die ganze Tiefe der Gegensätze: er verlangt „Reformation des Herrenhauses ... im liberalen Sinne", „Anbahnung der Einigung Deutschlands unter Preußens militärischer und diplomatischer Leitung und ... Verminderung der Militärlast", „Durchführung der verfassungsmäßigen Selbstständigkeit der Kirche, obligatorische Civilehe ... Gewerbe-freiheit" (LW 16. 11. 61). Die Verbindung zur Gedankenwelt des Nationalvereins ist deutlich zu sehen, wie ja überhaupt der Nationalverein im preußischen Verfassungskonflikt auf der Seite der Opposition stand, im Staat Preußen wie — zunächst — in der Stadt Lüdenscheid. Hier waren am 19. Nov. 1861 die Mitglieder des Nationalvereins Dr. Dedial, Essellen und Aug. Nölle zu Wahlmännern gewählt worden.

#### Bismarck wird Ministerpräsident

Die Wahlen im Dezember 1861 brachten der bisherigen Regierungspartei, den Altliberalen, gewaltige Verluste; die Fortschrittspartei gewann 109 Sitze und wurde damit mit Abstand die stärkste Partei im Landtag), der nunmehr bei seinem Zusammentritt im Frühjahr 1862 die Vorlage der Regierung ablehnte. Das war der offene Bruch. Auflösung und Neuwahl des Landtags führten zu weiterer Zunahme der Opposition und besonders der Fortschrittspartei. Wiederum wurden die Ausgaben für die Heeresreform abgelehnt. Einige Minister der Regierung traten zurück. In dieser Notlage berief der König auf den Rat Roons hin Bismarck zum Ministerpräsidenten. Damit wurden die Konservativen, die bei den Wahlen im Dezember 1861 15 Sitze von insgesamt 352 erlangten hatten, Regierungspartei. Die „Neue Aera" war zu Ende.

Bismarck verteidigte die Beibehaltung der als „Provisorium" bewilligten Heeresreform mit der Begründung, daß für diesen speziellen Fall die Verfassung keine Regelung treffe, sie also eine Lücke aufweise, die der Regierung das Recht gebe, den eingeschlagenen Weg weiter zu beschreiten. Das Für und Wieder zu dieser „Lückentheorie" ist bis heute nicht zur Ruhe gekommen. Art. 108 der preußischen Verfassung besagte, daß „die bestehenden Steuern und Abgaben ... fort-erhoben (werden), und alle Bestimmungen . . . in Kraft (bleiben), bis sie durch ein Gesetz abgeändert werden". Hatte das sogenannte „Provisorium" Gesetzeskraft? Wenn ja, konnte es nur durch ein anderes Gesetz wieder aufgehoben werden, und dazu kam es nie. Andererseits war es wiederum nur „Provisorium". Ueber diese Frage erhitzte sich die öffentliche Meinung immer mehr. Für die Mehrheit des Abgeordnetenhauses und damit für die Mehrheit der politisch interessierten Bevölkerung war das, was Bismarck

## Der preußische Verfassungskonflikt

Die Mobilmachung von 1859 hatte bedenkliche Schäden in der preußischen Wehrverfassung gezeigt. König und Abgeordnetenhaus waren von der Notwendigkeit von Reformen überzeugt, nur bestanden Meinungsverschiedenheiten über die Art und Weise der Durchführung. Der König wollte die aktiven Truppen des Heeres wesentlich vermehren, die 3jährige Dienstzeit jedoch beibehalten und sogar die jüngeren Jahrgänge der Landwehr noch dem aktiven Heer unterstellen. Das Abgeordnetenhaus wollte die Heeresvermehrung durch eine Verkürzung

der Dienstzeit auf 2 Jahre auffangen und auf diese Weise die Landwehr, d. h. die Schar der aus dem aktiven Heer entlassenen, gedienten Soldaten vergrößern. Im Hintergrund standen auf beiden Seiten politische Erwägungen: das aktive Heer lag fest in den Händen seiner überwiegend adligen Offiziere und des Königs, während die Landwehr bürgerlichen Einflüssen zugänglich war und deshalb von den fortschrittlichen Kreisen als das wahre Volksheer angesehen wurde. Die Gegensätze in den Auffassungen wurden im Mai 1860 vorerst so beigelegt, daß das Ab-

und die Regierung taten, ein klarer Bruch der Verfassung.

Im Lüdenscheider Wochenblatt zeigt der „Rückblick“ auf das Jahr 1862 den Konflikt in seiner vollen Schärfe (3. 1. 63): „1862! Welch schöne Hoffnungen knüpfen sich an dieses Jahr! Und welch tiefe Kümmeriß erfüllt den Vaterlandsfreund beim Rückblick auf dasselbe! Ein Band seltener Liebe und Eintracht umschlang Fürst und Volk; das Jahr 62 hat eine unheilvolle Kluft gegraben. Der Kampf zwischen Verfassungsfeinden, zwischen Bevorrechteten und Nichtbevorrechteten ist heftiger denn je entbrannt.“ Auf heftigste werden die konservative Partei und ihre Mitglieder in der Regierung angegriffen: „Man sieht die Entwicklung des preußischen Staats den Händen einer Parthei anheim gegeben, die gar keinen Anhang im Volke hat, und man fürchtet mit umso größerem Schrek-

des Volkes und die Richtigkeit des politischen Willens der Majorität glaubt. Durchaus folgerichtig lehnt er die Bedeutung einzelner in der Geschichte als rückständig und überholt ab. „Die Zeit ist hin, wo ein Einzelner, und wäre er noch so weise, noch so wohlwollend und noch so mächtig, dem Leben einer Nation eine bestimmte Richtung geben kann; ... das dauernde Wohl des Staates (ist) nicht auf Personen, sondern nur auf Prinzipien zu gründen ...“. Bei der großen Mehrheit der in erbitterter Feindschaft zu Bismarck verharrenden Opposition sollten seine späteren außenpolitischen Erfolge von 1863/64 und 1866, die die nationale Einigung in deutliche Nähe rücken ließen, diese Prinzipien als zweitrangig erscheinen lassen. Im weitaus größten Teil des politisch aktiven Bürgertums brannte die Sehnsucht nach der nationalen Einigung so stark, daß darüber

den Adern rinne“ (LW 17. 1. 63). Wie vorsichtig ist diese Kritik an den Aeußerungen des Ministerpräsidenten! Wie sollte sich auch der Beigeordnete der Stadt verhalten, der als solcher einen Eid geschworen hatte, „Seiner Majestät dem König von Preußen treu und gehorsam (zu) sein, (und) die Verfassung ... gewissenhaft (zu) beobachten, ...“?) Essellen trat hiernach politisch nur noch hervor, als er am 20. Okt. 1863 zum Wahlmann der Liberalen gewählt wurde. Auf der 50jährigen Gedenkfeier der Schlacht bei Leipzig im gleichen Monat hielt er die Festrede (LW 24. 10. 63).

Auch die Alvenslebensche Konvention, die Bismarck während des Polenaufstandes 1863 mit Rußland abschloß, um den Russen die Verfolgung aufständischer Polen über die preußische Grenze zu ermöglichen, führte zu leidenschaftlichen Erörterungen im Parlament wie in der Oeffentlichkeit, obwohl die Regierung Einzelheiten nicht mittheilte. So warnte ein Leitartikel im Lüdenscheider Wochenblatt v. 28. 2. 63 vor Rußland, das „sich immer als ein sehr selbstsüchtiger und häufig als ein sehr gefährlicher Nachbar für Preußen erwiesen“ hätte. Ein starkes Rußland und der Panslawismus seien drohende Gefahren für Preußen. „Sollen wir durch gehässige Maßregeln gegen die Polen auch unter unserer polnischen Bevölkerung für den Panslawismus arbeiten? Gewiß nicht!“ Hier ist nichts von einer Polenschwärmerei zu spüren, die damals in den Reihen der Liberalen durchweg zu finden war, sondern nur die nüchterne Erkenntnis, daß ein Vorgehen gegen die Polen innerhalb der preußischen Grenzen, das nicht im eigenen Interesse begründet war, Haß gegen Preußen erzeugen mußte, der eine Belastung für die Zukunft bedeutete, zumal Rußland diesen Liebesdienst nicht lohnen würde

Der Kampf gegen die Konvention führte zu heftigen Auseinandersetzungen im Abgeordnetenhaus. Sie nahmen derartige Formen an, daß sich der Landrat v. Holzbrink im März 1863 veranlaßt sah, im Lüdenscheider Wochenblatt einen Artikel des Preußischen Staatsanzeigers abdrucken zu lassen, der die Opposition vor weiteren Angriffen warnte.

Die innenpolitischen Kämpfe spiegelten sich naturgemäß in der Presse wieder. Auch die bisher gemäßigten Organe zeigten allmählich eine immer stärkere Ablehnung Bismarcks<sup>4)</sup>. Das Lüdenscheider Wochenblatt stand ganz auf der Seite der Fortschrittspartei, obwohl es — seit 1858 „allgemeines Kreisblatt“ — in dieser Eigenschaft neben dem in Altena erscheinenden „Wochenblatt für den Kreis Altena“, das regierungstreu blieb, das amtliche Nachrichtenorgan war. Eine Presseverordnung vom 1. 6. 1863 gab den Behörden die rechtliche Handhabe, oppositionelle Zeitungen zu verbieten. Wieder antwortete ein Sturm der Entrüstung. Die Verordnung mußte schon am 21. Nov. 1863 wieder aufgehoben werden. Wohl auf Grund dieser Verordnung hatte aber Landrat v. Holzbrink schon Anfang November dem Lüdenscheider Wochenblatt das Recht entzogen, weiterhin amtliches Nachrichtenorgan zu sein, „weil die Haltung des Wochenblattes, trotz der vielfachen Ermahnungen, fast in jeder Nummer eine oppositionelle gewesen, ...“ Das Wochenblatt brachte diese Anzeige mit dem Bemerkten, daß es „bei seiner bisherigen Haltung ... sich einer guten Aufnahme zu erfreuen (hatte) und ... deshalb auch fernerhin die bis jetzt erfolgte Tendenz innehalten“ werde (LW 7. 11. 63).

#### Die Gedenkfeier vom 17. März 1863

Die Haltung der politisch interessierten Kreise der Lüdenscheider Bevölkerung und damit auch des örtlichen Nationalvereins zum Verfassungskonflikt war nicht einheitlich. Das sollte sich anlässlich der Jubelfeier am 17. März 1863 zeigen, die nach behördlicher Anordnung in Erinnerung an den Auf-



## FEST - PROGRAMM

### zur 50jährigen Jubelfeier des 17. März.

16. März, Abends 6 Uhr, Einläuten des Festes.

17. März, Morgens 6 Uhr, Reveille, Baiern und Kanonendonner. Nachmittags 1 Uhr, Vertheilung der Ehrengeschenke an die hilflosbedürftigen Veteranen und Versammlung der Festgenossen auf dem Rathhause. 1/2 2 Uhr Festzug mit Musikbegleitung, unter dem Geläute der Glocken und dem Donner der Kanonen. Nachmittags 2 Uhr, Festessen im Saale der „Concordia.“

Da die Liste zum Festmahl im Hôtel Birk zu obiger Feier vielleicht Manchem unserer Mitbürger noch nicht vorgelegen hat, so sehen wir uns veranlaßt zur nachträglichen Einzeichnung bei den Comitee-Mitgliedern, Herrn Fritz Paulmann und Herrn Schulte hierdurch ergebenst einzuladen. Bis Montag Abend wird die Liste geschlossen.

Lüdenscheid, den 12. März 1863.

Das Fest-Comitee zur Feier des 17. März.

Anzeige im „Lüdenscheider Wochenblatt“, Sonnabend, den 16. März 1863

ken die Wiederkehr einer Zeit, in der Knechtsinn und Heuchelei über Wahrhaftigkeit und Mannesmuth triumphirte ... Jeder Fortschritt in der Gesetzgebung und Verwaltung hat aufgehört, ... der kleinen aber mächtigen Parthei steht der bewußte Wille eines ganzen großen Volkes entgegen.“ Aber der schon obendargestellte Glaube an den Gang der Geschichte von niederen zu höheren Stufen der Entwicklung befestigte auch hier in dem Verfasser die Ueberzeugung, daß der Fortschritt schließlich doch siegen werde. „Der Kampf der neuen Zeit mit der alten ist noch nicht ausgefochten und kann noch Jahrzehnte währen und noch viele Opfer fordern. Aber es muß doch Frühling werden!“ Der König aber bleibt ausdrücklich außerhalb dieser Auseinandersetzungen, die die Treue des Volkes zu seinem Herrscher nicht berühren: „... der sittlich starke Geist unseres Volkes, der weder in der Treue gegen den König wankt, noch sich aus seiner verfassungsmäßigen Stellung verdrängen läßt ... Hoffen wir denn, daß das landesväterliche und gegenwärtig tief gebeugte Herz des Königs erkenne, daß in den Adern des preußischen Volkes noch dasselbe Blut rollt, das einst ihre Väter unter dem Wahlsprüche: Mit Gott für König und Vaterland zu Sieg und Tod führte; daß es nie daran gedacht hat, die Machtfülle der Krone zu schmälern ...“

Die demokratische, fortschrittliche Gesinnung des Verfassers wird besonders darin sichtbar, daß er an die politische Mündigkeit

politische Grundsätze in den Hintergrund traten. So prägte später der Historiker Treitschke, der in der Fortschrittspartei die gleiche politische Heimat wie der Verfasser unseres „Rückblicks“ hatte, unter dem Eindruck der Ereignisse von 1863 bis 1871 das bekannte Wort: „Männer machen die Geschichte“. Bismarck erkannte diese Mentalität mit dem sicheren Blick des nüchternen Politikers. Er war überzeugt, daß die inneren Gegensätze sofort verschwinden würden, wenn Preußen die Ziele des Nationalvereins verfolgte<sup>5)</sup>.

Bismarck galt damals der Oeffentlichkeit nur als Reaktionär und Vertreter einer Partei, „die den Umsturz der Verfassung von den Dächern gepredigt hat“, und gehörte zu den Männern, „deren Vergangenheit man nicht kennt ...“ (LW 3. 1. 63). Für die Oeffentlichkeit besaß er noch kein politisches Profil und keine Verdienste. Um so mehr Aufsehen erregten dann seine Worte bei seinem ersten öffentlichen Auftreten am 30. 9. 1862 in der Budgetkommission: „... nicht durch Reden und Majoritätsbeschlüsse werden die großen Fragen der Zeit entschieden ... sondern durch Blut und Eisen.“ In einer Wahlversammlung in Lüdenscheid Anfang 1863 nahm Rechtsanwalt Essellen dazu Stellung: „Auch er wolle Eisen, ein gepanzertes, stählernes Herz, ein Herz, stark wie Eisen, das allen Widerwärtigkeiten muthig entgegenrete. Auch er wolle Blut, ein echtes, warmes Herzblut, ein Blut, das warm für die heilige Sache des Rechts und der Freiheit in

rief König Friedrich Wilhelms III. „An mein Volk“ von 1813 und den Hubertusbürger Frieden von 1763 begangen wurde (LW 24. 1. 63). In dem Bericht des Bürgermeisters Nottebohm an den Landrat heißt es darüber: „Schon früh Morgens wurde durch Glockengeläute, das Wirbeln der Trommeln und durch Böllerschüsse der Festtag angekündigt. Im Laufe des Vormittags wurde sodann das Fest sowohl in den Elementarschulen, als in der höheren Bürgerschule in recht anziehender und passender Weise begangen. — Des Nachmittags fand in Hotel Birk in den Räumen der Gesellschaft Concordia ein Festmahl statt, woran sich ungefähr 120 Personen beteiligten. Die Veteranen der Stadtgemeinde Lüdenscheid versammelten sich Nachmittags gegen 1 Uhr auf dem städtischen Rathhause, von wo aus sich ein wohlgeordneter Zug, mit einem Musikchor an der Spitze, zum Hotel Birk bewegte ... — Der Saal im Birkschen Lokale war durch Festons, Transparente, Bilder und mancherlei Waffen recht sinnreich geschmückt. — Es zeigte sich auf dem Feste ein fröhlicher patriotischer Sinn, und wurde die heitere Stimmung durch treffliche Reden und patriotische Lieder, welche theils von den Theilnehmern des Festes gesungen und theils durch die Lehrer vorgelesen wurden, nicht wenig gehoben, ...“<sup>5)</sup>. Die Feier scheint durchaus unter der Anteilnahme der Bevölkerung verlaufen zu sein, ganz im Gegensatz zu den großen Städten, wo die ablehnende Haltung der Bevölkerung eine festliche Stimmung nicht aufkommen ließ und „deutlicher als vieles andere die Entfremdung (zeigte), die zwischen Herrscher und Volk eingetreten war“<sup>6)</sup>. Das Festkomitee bestand u. a. aus W. Turck und C. Basse (LW 21. 2. 63). Wie wir schon sahen, gehörte W. Turck zu den Gründern, beide aber waren im Vorstand des Nationalvereins. Der aber hielt zur Fortschrittspartei und stand damit in Opposition zur Regierung Bismarck. Trotzdem hatten sich hier zwei führende Mitglieder des Zweigvereins Lüdenscheid bereitgefunden, ihre Kräfte für eine von dieser Regierung gewünschte Feier einzusetzen! Und sicherlich waren sie nicht die einzigen Mitglieder des Nationalvereins, die für die Gestaltung des Festes tätig waren.

Die Reaktion der radikalen Mitglieder des Nationalvereins zeigte sich schon einige Tage nach der Feier. Das Lüdenscheider Wochenblatt brachte am 21. März 1863 einen mit + gezeichneten Artikel zur Feier des 17. März. Darin heißt es: „Bei der tendenziösen Färbung, welche die Feier des 17. März durch die Regierungsorgane bekommen hatte, war vorzusehen, daß der denselben anhangende Theil der Bewohner den Tag festlich begehen würde ... Schmerzlich mußte es daher manchen berühren, wie er die Namen der Männer, die er bis dahin als Mittelpunkt und Führer der liberalen Bewegung betrachtet hatte, mit den Namen ihrer politischen Antipoden auf derselben Liste (d. h. des Festkomitees) als Festgenossen einer offiziellen politischen Feier sah. ... was bewog dieselben dazu durch ihre Persönlichkeit das Fest noch zu dem zu machen was es geworden ist ...? Wir meinen die Furcht vor Mißlieblichkeit und der Mangel an Bürgermuth dieser Furcht ins Angesicht zu trotzen.“ Der Verfasser vermutet, daß die Teilnehmer aus gesellschaftlichen Rücksichten und Furcht vor materiellen Nachteilen so gehandelt hätten. „Allein auch dann ist es Pflicht jedes Gesinnungstüchtigen, den Schein des Renegaten thums zu meiden und sich wenigstens passiv zu verhalten ... Weil ... das Fest nicht nur einen lokalen, sondern auch einen offiziellen Charakter hatte, durfte es von keinem, der die Volksrechte geachtet wissen will, besucht werden, denn eine Regierung wie die jetzige darf bei keiner Agitation, der nur im Entferntesten eine politische Bedeutung beigelegt werden kann, auch nur die geringste Unterstützung finden. Und da die politische Wirksamkeit einer kleinen Stadt selten über

das Weichbild derselben hinausgeht, so bot gerade dieses Fest eine passende Gelegenheit, auch durch die That zu beweisen, daß der Gegner der jetzigen Regierung in Lüdenscheid viele sind.“ Wiederum folgt hier der Vorwurf, die politische Ueberzeugung um materieller Vorteile willen verraten zu haben. „Praktisch, und in gewisser Beziehung auch politisch, mag man eine solche Handlungsweise immerhin nennen, allein was man unter dem Liberalismus solcher Männer zu verstehen hat, die bei unserer jetzigen Misere eine politische Jubelfeier mit begehen können, wissen wir nicht.“

Ganz eindeutig waren hier W. Turck und C. Basse gemeint, denn von den Mitgliedern des Festkomitees waren sie allein im Nationalverein führend tätig gewesen. Die Schärfe der Vorwürfe, die von politischer Unzuverlässigkeit über den Mangel an Mut bis zur Verfolgung eigennütziger, persönlicher Interessen reichen, mußte in einer Stadt wie Lüdenscheid, wo einer den andern kannte, höchstes Aufsehen und bittere Feindschaft auslösen. Dabei wußte man nicht, wer der Verfasser des Artikels war. Eine Entgegnung kam in der nächsten Nummer des Wochenblattes (28. 3. 63). Ebenfalls wurde mit persönlichen Angriffen nicht gespart und Lehrer H. Eben als Verfasser verdächtigt, der sich in der nächsten Ausgabe energisch gegen diese Unterstellung wehrte. Wieder antwortete der Vertreter der radikalen Richtung, daß die gegenseitigen Ansichten „von dem Standpunkt der Fortschrittspartei so sehr abweichen, daß eine gegenseitige Verständigung wohl schwer möglich sein wird“. Sie zeigten eine Einstellung, „die auch in liberalen Kreisen sehr viele Anhänger gefunden hat und noch findet, und die wir mit als Hauptursache unserer geringen staatlichen Entwicklung betrachten müssen ...“ Darin bestand der Fehler der an dem Feste teilnehmenden Liberalen, daß sie eine so große politische That feiern konnten nur der Vergangenheit und nicht der Gegenwart gedenkend. Gründlicher kann sich wohl der idealistische Charakter des Deutschen nicht zeigen, der im Stande ist, Folianten über Fürsten- und Völkererziehung zu schreiben, während er daheim gerade das Gegentheil von all seinen entwickelten großen Wahrheiten ruhig und geduldig über sich ergehen läßt. — Kämpften unsere Väter vielleicht nur, um sich des äußeren Drängers zu erwehren, wie es unser Gegner sowohl wie die Regierungsorgane darzustellen suchen?“ (LW 11. 4. 63). Das richtete sich gegen Bismarck, der in seiner ersten großen Rede am 17. Mai 1847 vor dem Vereinigten Landtag diese Auffassung vertreten und damit einen Sturm der Entrüstung hervorgerufen hatte<sup>7)</sup>. In der Entgegnung (LW 18. 4. 63) wird erstmalig von einem „linken Flügel der liberalen Partei“ gesprochen und sein Verhalten als unklug bezeichnet. Der Verfasser wehrt sich gegen den Vorwurf politischer Untreue: „Wir weichen Niemandem im treuen Festhalten an der Verfassung und gestatten Keinem, sich den Vorrang in dieser Treue zuzusprechen.“ Noch immer war der Verfasser der radikalen Artikel unbekannt, aber aus dieser letzten Antwort scheint doch hervorzugehen, daß es sich nicht um eine einzelne Person handelt. Ein weiterer Leserbrief griff ebenfalls die Radikalen an. Er warf ihnen schablonenhaftes Denken nach „vorgefaßten eiskalten Doctrinen“ vor (LW 25. 4. 63). Ein anderer Leserbrief endete mit den Worten: „Kann man von solchen Elementen, wenn es ihnen etwa gelingen möchte, die Königliche Autorität mehr und mehr zu untergraben und durch dauernde Neutralisierung der Mittel-Parteien, ihren Willen und ihre radicaleinseitigen Doctrinen über Staat und Kirche zum herrschenden Einfluß auf Preußens Regierung durchzuarbeiten, eine wahre Förderung für die Freiheit und Volks-Wohlfahrt erwarten?“ (LW 2. 5. 63). Die Zeitungsfehde setzte sich bis Anfang des Jahres 1864 fort. Das Lüden-

scheider Wochenblatt stand auf der Seite der Radikalen! So würden in einem Aufsatz mit dem Titel „Zur Naturgeschichte des deutschen Philisters“ noch einmal die gemäßigten Vertreter des Lüdenscheider Bürgertums schwer angegriffen: „Durch Servilismus nach Oben erwirbt man sich die Orden und Titel, durch Hochmuth nach Unten macht man sie geltend ... und die ganze Klasse der Commerzien-, Justiz-, Rechnungs-, Sanitäts- und Kanzlei-Räthe, und solche, die es werden wollen, sieht der Regierung nach den Augen und duckt sich, wenn die ernste Pflicht an sie herantritt, sich als Männer zu zeigen. Aber auch in den Volkskreisen selbst grassirt die Titelsucht. ... Wenn irgend etwas, beweist der Ordens- und Titel-Philister, daß wir noch mitten in der politischen Kindheit stecken, und so lange Orden und Titel uns imponieren, verdienen wir es, beherrscht zu werden mit ... Mißachtung ...“ (LW 9. 1. 64).

Es kann nicht wundernehmen, wenn Glieder einer und derselben gesellschaftlichen Schicht, die politisch so verschieden dachten, ihre Zwistigkeiten auch in die Sphäre des gesellschaftlichen Verkehrs untereinander hineintrugen. Vertreter beider Richtungen gehörten zur Gesellschaft „Concordia“, und hier setzte sich die Auseinandersetzung fort. Als die Majorität einen Neubau beschloß, sprach die Minderheit davon, daß hier Vertreter einer Partei am Werke seien, „welche in principienloser Selbst-Vergötterung nicht einmal die reinsten Ehrenhaftigkeit eines von uns Allen so hoch geschätzten Ministeriums Bismarck anerkennen will, sondern sie vielmehr mit schamlosen Tendenz-Lügen bekämpft, eine Partei, welche in verbissener Oppositions-Sucht die eiskalte Doctrin eines Verfassungs-Eides höher stellt, als das Vertrauen zu dem jeweiligen Ministerium, welches Vertrauen doch das deutsche Gemüth so erwärmt und belebt ...“ (LW 9. 5. 63). Eine Spaltung der Gesellschaft schien sogar in Aussicht zu stehen (LW 19. 12. 63). Die inneren Zwistigkeiten zogen sich bis ins Jahr 1864 hin und endeten dann mit der Durchführung des Neubaus (s. Rückblick im LW 31. 12. 64).

Diese heftigen ja sogar gehässigen Auseinandersetzungen um die Feier zum 17. März 1863 hatten den Nationalverein in Lüdenscheid auseinandergesprenzt. Wir hören danach nichts mehr von ihm. Diese Pressefehde zeigt auch deutlich die heterogene Zusammensetzung der liberalen Partei. Was im Gesamtrahmen Preußens sich erst nach 1866 abspielte: die Abspaltung der nationalliberalen Partei von der Fortschrittspartei unter dem Eindruck der Erfolge Bismarcks, geschied hier in Lüdenscheid schon im Jahre 1863 aus Anlaß einer Feier, die vom König befohlen und dem Gedächtnis großer Ereignisse in der preußischen Geschichte gewidmet war. Für die Nationalliberalen waren es die politischen Erfolge, die die nationale Einheit so greifbar nahe rückten, daß sie ihre Prinzipien vergaßen, für die Teilnehmer an der Feier in Lüdenscheid waren es die Liebe zum Hause Hohenzollern und der Stolz auf die Erfolge von 1813/14 und 1763, die ihre freisinnigen Ueberzeugungen in den Hintergrund treten ließen. Zu ihren führenden Vertretern gehörten W. Turck und C. Basse. Wer stand an der Spitze des „linken Flügels“ der liberalen Partei?

#### Die „zornigen jungen Männer“

Darüber gibt uns der Bericht des Bürgermeisters Nottebohm über den Verlauf der Feier zum 17. März 1863 Auskunft<sup>8)</sup>. Es heißt dort: „Im Ganzen genommen, ist das Fest als ein ausgezeichnetes und wohl gelungenes zu bezeichnen, das sicherlich zur Hebung des patriotischen Sinnes beigetragen hat, doch will ich nicht unerwähnt lassen, daß die Beteiligung Seitens jüngerer Kaufleute wohl eine größere sein konnte.“ Demnach hatten die jüngeren Kaufleute die Feier boykottiert,

und die gleiche Gruppe saß offensichtlich auch im Vorstand der Gesellschaft „Concordia“, gehörte also zu der gesellschaftlich und wirtschaftlich führenden Schicht der Stadt. Aber auch einzelne Namen sind greifbar. Auf der Feier zum 17. März wurden die Veteranen der Befreiungskriege besonders geehrt. Nur 11 lebten noch, 4 davon waren der Einladung nicht gefolgt, darunter die Brüder Wilhelm und Caspar Nölle, „welche leider aus politischen Rücksichten jede Betheiligung an der Festlichkeit ablehnten“. Sie weigerten sich sogar, die Erinnerungsdenkünze anzunehmen<sup>9)</sup>. Caspar Nölle, Kaufmann, war 72 Jahre alt und hatte am Feldzug von 1815 teilgenommen. Sein Bruder Wilhelm, der an den Freiheitskriegen als Unteroffizier teilgenommen hatte, war 68 Jahre alt und Rentner. Beide waren nicht auf Unterstützung angewiesen. Sie gaben der heute noch bestehenden Firma Gebr. Nölle in der Humboldtstraße den Namen. Caspars Sohn war August Nölle, Gründer und Vorstandsmitglied des Nationalvereins in Lüdenscheid. Er war zu dieser Zeit gerade 30 Jahre alt<sup>10)</sup> und gehörte mit seinen Vettern Hermann und Heinrich Nölle jr. sicherlich zu den schon erwähnten „jüngeren Kaufleuten“. 1863 gehörte er zu den Gründern des Lüdenscheider Konsumvereins<sup>11)</sup> und war ein persönlicher Freund von Schulze-Delitzsch. Gedanken und Diktion in dem radikalen Artikel im Lüdenscheider Wochenblatt v. 11. 4. 1863 wie auch in dem Aufsatz „Zur Naturgeschichte des deutschen Philisters“ ähneln stark dem Artikel „Eine Frage der Zeit“ in der Ausgabe v. 5. 1. 1861, der mit einem „N“ gezeichnet war und dessen Verfasser — wie wir sahen — schwerlich ein anderer als August Nölle gewesen sein kann (s. o. S. 9). Wie schon seine Freundschaft mit Schulze-Delitzsch zeigt, war er ein offensichtlich weitgereister Mann, der durch die Kenntnis der weiteren Welt unabhängige politische Anschauungen entwickelt hatte, die von Fürstendienst und Untertanengehorsam nichts wissen wollten. Es kann kaum ein Zweifel bestehen, daß der „linke Flügel“ der Liberalen seinen Mittelpunkt in der Familie Nölle fand, deren treibender Motor August Nölle war.

Die politisch interessierte Schicht Lüdenscheids, die gleichzeitig gesellschaftlich und wirtschaftlich führte, bestand demnach aus Clans oder Sippen, die nicht nur eine verwandtschaftliche Einheit bildeten, sondern auch in ihrer politischen Gesinnung übereinstimmten. Dabei standen in diesen Jahren der Sippe Nölle, die freisinnig-demokratisch war, die konservativ-preußische Sippe Basse und die konservativ-konstitutionelle Sippe Turck gegenüber<sup>12)</sup>. Der beginnende Krieg um die Herzogtümer Schleswig-Holstein und die Erfolge der preußischen Waffen ließen dann die radikalen Gegner der Regierung noch mehr in den Hintergrund treten. Wie sehr der Zug der Zeit wieder von der Opposition weg zur Unterstützung der Regierung führte, zeigte die Gründung des „Patriotischen Vereins“, der für „ein starkes Königliches Regiment“ (LW 27. 2. 64) eintrat und die Konservativen in seinen Reihen sammelte. Es lag in der Konsequenz der Auseinandersetzungen um den 17. März 1863, daß zum Vorstand dieses Vereins W. Turck und C. Basse gehörten. Sogar der 1851 noch „dem Vernehmen nach politisch liberale Rektor Isidor Mayer“<sup>13)</sup>, Leiter der Rektoratschule, war Mitglied des Vorstandes. Die Voraussage Bismarcks, „daß im Falle eines auswärtigen Konfliktes auch das Abgeordnetenhaus hinter der Regierung stehen werde“<sup>14)</sup>, hatte sich in Lüdenscheid jedenfalls schon erfüllt.

Bismarck berichtet in seinen „Gedanken und Erinnerungen“<sup>15)</sup> von einer Unterredung mit dem König in Jüterbog Anfang Oktober 1862, in der der König niedergeschlagen erklärte, daß der Verfassungskonflikt zu einer Revolution führen werde. Bismarck verstand es, ihm Mut einzuflößen, indem er ihn bei

seiner Offizierssehre faßte. War eine Revolution in Preußen überhaupt möglich? Sicherlich war die Erregung des Abgeordnetenhauses bis zum Siedepunkt gestiegen. Auch in den großen Städten richtete sich die Erbitterung nicht allein gegen die Regierung, sondern auch gegen den König<sup>14)</sup>. Aber die Verhältnisse in Lüdenscheid zeigen doch, daß in den kleineren Städten und erst recht auf dem Lande die Treue zum Königshaus stärker verankert war als alle politischen Prinzipien. Die Masse der Bevölkerung verhielt sich durchaus nicht „in vollkommen apathischer Ruhe“<sup>14)</sup>, sondern entschied sich eindeutig für das Haus Hohenzollern, wenn sie vor die Alternative gestellt wurde. Immer wieder stoßen wir auf Ausdrücke der Verehrung für den König, die sich nicht allein aus taktischen Rücksichten erklären lassen, sondern durchaus echt sind und das Gefühl des Volkes zeigen.

Als aus Anlaß der Feier am 17. März 1863 eine Gedenk Münze mit Landwehrkreuz und Stadtwappen geschaffen wurde, erhielt der König ein Exemplar mit folgendem Scheibenüberreich: „... Euer Königl. Majestät erlauben wir uns ganz unterthänigst eine dieser Denkmünzen unseres patriotischen Festes zu überreichen und würden wir uns glücklich schätzen, wenn Euer Königliche Majestät in der Ueberreichung derselben dieselbe Gesinnung treuer Liebe und Hingebung für König und Vaterland erblicken wollten, wie sie sich auf unserem Jubelfeste in allen Reden und Liedern und namentlich in den aus den tiefsten Tiefen eines treuen Preußenherzens kommenden Hochs auf Euer Majestät als den Ersten Veteranen unserer Armee kundgegeben hat ... Gott schütze, schirme und segne Euer Königliche Majestät und unser ganzes Preußisches Vaterland. In tiefster Ehrfurcht ersterben Euer Königl. Majestät treu gehorsamste Mitglieder des Festcomitees zur Feier des 17. März“<sup>15)</sup>.

In Erinnerung an 1763 und 1813/1814 spricht das Lüdenscheider Wochenblatt, das doch wegen seiner oppositionellen Haltung getadelt wurde, von den Preußen als „dem

königstreuesten aller Völker“ (LW 2. 1. 64 „Rückblick“). Und wenn Gegensätze zwischen Volk und Regierung entstanden, dann war das Schuld der Regierung, aber nicht des Königs. Bismarck kannte die Königstreue des preußischen Volkes. In einer Rede vor dem Abgeordnetenhaus am 22. 1. 1864 sprach er vom „rocher de bronze“ des preußischen Königstums und sagte: „Der Volksgeist Preußens ist durch und durch monarchistisch, Gott sei Dank!“<sup>15)</sup> Der König war das Zentrum des preußischen politischen Lebens. Das Haus Hohenzollern ersetzte den Preußen das Stammesbewußtsein, das die anderen deutschen Stämme durch ihre jahrhundertlange gemeinsame Geschichte besaßen.

Auch für die Lüdenscheider waren mit wenigen Ausnahmen die Treue zum Königshaus und der Stolz auf die großen Taten der preußischen Könige stärker als alle politischen Meinungsverschiedenheiten. Alle sehnten die deutsche Einheit herbei. Aber für sie war preußisch und deutsch dasselbe. Und deshalb ging der Weg zur nationalen Einheit für sie nur mit und über Preußen.

#### Anmerkungen:

1. vgl. Nirrnheim. Das erste Jahr des Ministeriums Bismarck, S. 10.
2. vgl. Mommsen, Bismarck, S. 71 und Becker, S. 106.
3. StA Lüd 1425.
4. Nirrnheim, S. 38.
5. StA Lüd 1805. Das LW v. 21. 3. 63 brachte einen fast gleichlautenden Bericht.
6. Nirrnheim, S. 195f.
7. Bismarck, Gedanken und Erinnerungen, S. 52.
8. Trauregister 1858 der evgl. Kirchengemeinde für Lüdenscheid-Stadt.
9. Festschrift des Konsumvereins 1913, S. 6 u. 12.
10. vgl. Sauerländer. Das polit. Leben in Lüdenscheid ... 1848—50, S. 31, 41, 67 über Mitglieder der Familie Basse, S. 41, 67 über W. Turck.
11. zitiert bei Sauerländer. Die Lateinschule-Rektoratschule 1465—1858, in: Festschrift des Zeppelin-Gymnasiums 1958, S. 69.
12. Mommsen, Bismarck, S. 75.
13. S. 259ff.
14. Nirrnheim, S. 204ff.
15. Kohl, Bismarckreden, S. 41f.

## Quellen- und Literaturverzeichnis

### Quellen:

- „Lüdenscheider Wochenblatt“ Jg. 1859, 1860, 1861, 1863, 1864 (der Jg. 1862 ist nicht mehr erhalten), zitiert: LW (mit Datum).
- Stadtarchiv Lüdenscheid (zitiert StA Lüd):
- Nr. 1211: Allgemeine Volkszählungen 1844—1872.
- 1425: Acta gen. & spec. betr. den Magistrat 1847—1930.
- 1702: Die 250jährige Jubelfeier des Anfalls der Grafschaft Mark an Preußen 1859.
- 1805: Die Unterstützung hilfsbedürftiger alter Krieger und der Krieger von 1866 1851—1871).
- Archiv der evgl. Kirchengemeinde Lüdenscheid: Trauregister 1858 für Lüdenscheid-Stadt.
- Bismarck: Gedanken und Erinnerungen. Stuttgart u. Berlin 1928.
- H. Kohl: Bismarckreden 1847—1895. Stuttgart u. Berlin 1898.

### Literatur:

- O. Becker: Bismarcks Ringen um Deutschlands Gestaltung. Heidelberg 1958.
- 50 Jahre Lüdenscheider Konsumverein 1863 bis 1913. Lüdenscheid 1913.

- Lüdenscheider Turnverein 1861. Festschrift zur 50jährigen Jubelfeier am 15. u. 16. Juli 1911. Lüdenscheid 1911.
- F. Meinecke: Das Zeitalter der deutschen Erhebung (1795—1815). Leipzig o. J.
- W. Mommsen: Die deutsche Einheitsbewegung (Quellen). Berlin o. J. (Deutsche Buchgemeinschaft).
- W. Mommsen: Bismarck. München 1959.
- O. Nirrnheim: Das erste Jahr des Ministeriums Bismarck und die öffentliche Meinung. Heidelberg 1908.
- „Der Reidemeister“. Geschichtsblätter für Lüdenscheid-Stadt und Land, Nr. 8/1958.
- G. Ritter: Europa und die deutsche Frage. München 1948.
- W. Sauerländer: Das politische Leben in Lüdenscheid während der Revolutionsjahre 1848—1850 (Heft 6 der „Lüdenscheider Beiträge“). Lüdenscheid 1960.
- H. Strodel: Chronik der Stadt Lüdenscheid. Lüdenscheid 1929.
- 500 Jahre Höhere Schule in Lüdenscheid. Festschrift des Zeppelin-Gymnasiums 1958/59. Lüdenscheid 1959.

Herausgeber: Lüdenscheider Geschichtsverein  
Schriftleitung: Wilh. Sauerländer  
Druck: Lüdenscheider Verlagsgesellschaft